

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 3. Juni 1932
14. Jahrgang Nr. 128

Werde Abonnent
unserer Zeitung!

Gesamtzahl: 1,65 Mk. + 50 Pf.
monatlich 2,15 Mk.
gebührenfreie Mit-
materiale oder berechnung im Wert 70 Pf. — Annahmestelle in der
Hauptredaktion um 8 Uhr: in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 54, Fern-
sprecher 480 99. Postfach 1000. (Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Breslau-
haus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag 6-8
Freitag von 17-18 Uhr. — Geschäftsabend: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50. Fernsprecher 460 39.

Fort mit der Regierung v. Papen

Der Reichstag wird aufgelöst / Papen-Regierung will mit faschistischen Wahlkampfmethoden Rechts-
mehrheit im neuen Reichstag erreichen

Schafft die Millionen-Einheitsfront der antifaschistischen Aktion

Berlin, 3. Juni. (Sig. Drahtber.) Unmittelbar nach der Vereidigung des Kabinetts der Junker, Generale und Trugschweiger hat die kommunistische Reichstagsfraktion gestern abend folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag entzieht der Reichsregierung von Papen das Vertrauen.“

Gleichzeitig forderte die kommunistische Reichstagsfraktion die sofortige Einberufung des Reichstages, damit dieser zu dem Antrag der kommunistischen Partei auf Reichstags-Einberufung für den morgigen Sonnabend Stellung nimmt.

Die KPD. hat sofort auf breiter Grundlage den Massenkampf gegen das Diktaturkabinett aufgenommen. In allen Städten und Gemeinden wird eine Flut von öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen einsetzen. In sämtlichen parlamentarischen Körperschaften werden die Kommunisten die sogenannten Oppositionsparteien stellen und unverzüglich Kampfschlachtrufen gegen die Papen-Regierung einbringen. Bis in den entferntesten Winkel Deutschlands wird der kommunistische Ruf dringen: „Fort mit der Papen-Regierung! Fort mit dem Regiment der Reichen! Schafft die Millionen-Einheitsfront der antifaschistischen Aktion!“

Das Kabinett der Junker, Generale und Trugschweiger will als erste Handlung den Reichstag auflösen, um nach Neuwahl, die Ende Juni oder im Juli stattfinden soll, unter Anwendung faschistischer Wahlkampfmethoden eine Rechtsmehrheit im Reichstag zu erzielen. Die neuen Minister sind entschlossen, den Reichstag aufzulösen, da sie im jetzigen Reichstag keine Mehrheit besitzen. Nur der Termin ist noch fraglich. Es kann sich jedoch nur um Stunden oder Tage handeln. Eventuell erfolgt die Auflösung unmittelbar nach der Regierungserklärung.

Mit der Auflösung des Reichstages soll gleichzeitig die Weisung geschaffen werden, den Etat für das kommende Jahr durch Notverordnung zu verhandeln. Dieses Bestreben wird vor allem aus der Tatsache diktiert, daß

der Haushaltsplan des Jahres 1931 mit einem Defizit von weit über eineinhalb Milliarden abschließt.

Die Waise hofft auf die Juliwahlen! Die Regierung ist beabsichtigt, dieses Defizit durch beispiellose Abzweige am Sozialetat zu be-
kämpfen. Das alles soll auf diktatorischem Wege geschehen.

Der kommende Wahlkampf soll im Zeichen der Aufhebung des SM-Verbots und schwerster organisatorischer Angriffe gegen die proletarischen Organisationen stehen. Das ist die Absicht der jetzigen Regierungsparteien, die mit faschistischen Gewaltmethoden die Rechtsmehrheit erzwingen wollen.

Angesichts dieser dunklen Pläne heißt es für die Arbeiterschaft, ihre antifaschistische Aktion auf der ganzen Linie zu entfalten. Wer da meint, daß sich das Proletariat Deutschlands unter ein Regiment nationalsozialistischer Führung beugen würde, täuscht sich. Hier kann es nur eins geben: Entschlossenen Kampf aller sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter! Einheitsausschüsse der antifaschistischen Aktion und roter Massenelbstschutz in Betrieben, Stempelstellen und Arbeiter-
vierteln — dann werden die regierenden Blaublütigen ihr blaues Wunder erleben . . .

Zur Gegenwehr bereit!

P. L. Das „Kabinett der nationalen Konzentration“, das in Wahrheit ein Kabinett der reaktionären Konzentration, der Vor-
bereitung zur offenen faschistischen Diktatur ist, ist jetzt von dem von Hindenburg bestellten Reichstanzler, v. Papen, zusammen-
gestellt. Dieses Kabinett ist ein Kabinett der abligten Groß-
agrarien, der Schwerindustrie und der F. G.-Farben, des mächtigsten Chemietrusts in Deutschland. Diese Regierung repräsentiert sichtbar und deutlich für jedermann die Herrschaft der Kapitalisten-
klasse, die Herrschaft jener reaktionären Kreise, die, gestützt auf die Reichswehr und auf die braunen Banden Hitlers, die Diktatur über das arbeitende Volk in Deutschland durchführen wollen.

Diese Regierung ist ein Produkt der durch Krise und Klassen-
kampf herangereiften Situation. Die Methoden Brüning's er-
weisen sich angesichts der vorgeschrittenen Krise als unfruchtbar für die Bourgeoisie. Der Weg der Notverordnungen, des schritt-
weisen Lohnabbaues, des Abbaues der sozialen Unterstützungen führt nicht schnell genug zum Ziele. Der Widerstand der Arbeiter-
klasse, obwohl noch größere Kampffaktionen ausgeblieben sind, ist doch zu groß, als daß die Bourgeoisie auf dem Brüning'schen Wege zu einem sicheren Erfolge kommen könnte. Die ganze Lage drängt zu einer Entscheidung. Die Bourgeoisie ist entschlossen, dieser Entscheidung nicht auszuweichen, sondern sie in ihrem Sinne herbeizuführen. Sie hat mit Hilfe der Nationalsozialisten eine breite nationalsozialistische reaktionäre Welle entfesselt. Sie hat es verstanden, den Kampf gegen das Versailles System, gegen die Tributzollerei in den Vordergrund zu schieben, eine nationalsozialistische Stimmung zu erzeugen, breite Massen, vor allem des Kleinbürgertums, von der Tatsache abzulenken, daß in erster Linie verantwortlich für die Krise und für die daraus resul-
tierende Not der breiten Massen, das kapitalistische System ist.

Aber der außenpolitischen Aktiviät der deutschen Bourgeoisie sind bestimmte Grenzen gesetzt. Die Lausanner Konferenz — das steht heute schon fest — wird keine Erleichterung für die deutsche Bourgeoisie bringen und im wesentlichen den schon jetzt in der Frage der Reparationszahlungen bestehenden Zustand befestigen und das Hoover-Moratorium in dieser oder jener Form verlängern. Aber das ist keine Rettung für die deutsche Bourgeoisie. Dadurch wird für keinen einzigen Erwerbslosen die Unterfütterung gesichert oder Arbeit beschafft. Die großen Fragen der Außenpolitik, die Liquidierung der sozialen Einrichtungen und die Brechung des Widerstandes der Arbeiterklasse stehen als brennende Aufgaben vor der deutschen Bourgeoisie. Die Brüning'sche Politik hat sich als unfähig erwiesen, diese Fragen in dem für die Bourgeoisie notwendigen Tempo zu lösen. Darum wird jetzt mit der Lösung dieser Aufgaben eine andere Regierung betraut. Das Charakteristische bei dieser Regierungsbildung ist, daß zwar das „Kabinett der nationalen Konzentration“ im Reichstag keine parlamentarische Mehrheit hinter sich hat, daß es sich aber in der Bourgeoisie selbst auf eine breitere Basis stützen kann als die Brüning-Regierung. Die Brüning-Regierung konnte nur existieren dank der Unterstützung durch die Sozialdemokratie. Die gegenwärtige und die kommende Regierung der Diktatur wird existieren, indem sie sich in der Hauptsache auf die faschistische Massenbewegung der Nationalsozialisten stützt, wobei es nur eine Frage der Methoden und des Tempos ist, in welchem Maße die Nationalsozialisten unmittelbar zur Teilnahme an dieser Diktatur herangezogen werden. Augenblicklich wird davon gesprochen, daß der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen stattfinden sollen, um auf parlamentarisch-„demokratischem“ Wege die Nationalsozialisten an der Regierung zu beteiligen. Das ist der eine Weg; aber es gibt auch noch andere „Lösungen“, z. B. eine solche, daß die faschistischen Kräfte versuchen, sich über solche „demokratische“ Hemmungen durch faschistische Aktionen hinwegzusetzen, wie wir sie in anderen Ländern, in Italien, Polen und Finnland, erlebt haben. Eine solche Möglichkeit der Entwicklung ist auch in Deutschland nicht ausgeschlossen. Auf alle Fälle darf diese Möglichkeit nicht außer acht gelassen werden.

Kommunistische Kampfansage an die Diktaturregierung Papen

Genosse Piel ruft von der Landtagstribüne zur Antifaschistischen Aktion — Nazis als Fürstentum — Nazi-Kube für Volksausraubung zugunsten der Hohenzollern

Die gestrige politische Ansprache im Landtag wurde von dem Sprecher der kommunistischen Partei, dem Genossen Wilhelm Piel, zu einer scharfen Kampferklärung gegen die neue Regierung Papen-Schleicher-Gayl und zu einem Aufruf an die Massen zur Antifaschistischen Aktion benutzt.

Die kommunistische Partei setzte die Regierung Braun-Severing und ihr arbeitgeberfeindliches System auf die politische Anlageliste. Die Kommunisten rechneten ab mit den 13 Jahren sozialdemokratischer Politik, die die heutigen Zustände und die faschistische Gefahr herbeigeführt haben. Genosse Piel erklärte namens der Kommunisten, daß wir alles tun werden, um die starke ungebrochene Kraft der deutschen Arbeiterschaft außerhalb des Parlamentes in der kampfbereiten Einheitsfront zur Verhinderung jeder Naziregierung in Preußen einzusetzen und gegen jede kapitalistische Diktaturregierung zu mobilisieren.

Es gab Tumult in der Sitzung, als Genosse Piel die Nazis scharf angriff und ihnen ankündigte, daß Deutschland erst dann wirklich einwachen würde, wenn die Naziführer in der Praxis die Verlogenheit der Nazivorsprechungen erkennen werden. Der Reichspräsident Herrl erteilte dem Genossen Piel einen Schutzmandat, als er gegen die vergangene „Sitten-Regierung“ Braun-Severing den Ausdruck „Verbrechen“ gebrauchte.

Genosse Piel erinnerte gegenüber einer Verhöhnung des Reichstages durch den deutschnationalen Redner Steuer das Treiben der Arbeiter, an die Behandlung der Arbeiter wie Tiere durch die Hohenzollern und kündigte an, daß heute — trotz sozialdemokratischer Verräter — die Arbeiterklasse mit der Waffe des politischen Massenstreiks den reaktionären Unter-

drückern entgegenzutreten wird. Die Entscheidung wird nicht im Parlament, sondern draußen durch die Massen gefällt.

Nach dem Genossen Piel sprach der Naziführer Kube, der offen das Verbot der kommunistischen Partei propagierte. Mit großen Worten trat Kube gegen den kommunistischen Antrag ein, der den preussischen Fürsten die Hunderte von Millionen Mark dem Volke abgerauberten Verbindungen freizugeben will. Kube erklärte: „Der deutsche Sozialismus wird auch das Recht der Hohenzollern anerkennen.“ Die Kommunisten riefen ihm während seiner weiteren Lobhudelei für die davongeflohenen Monarchen zu: „Rufen Sie doch gleich: Es lebe Wilhelm II!“

Die gestrige Landtagssitzung hatte mit der Forderung der Kommunisten begonnen, der Landtag solle beschließen: die Minister der Braun-Severing-Regierung müssen im Landtag erscheinen. Der Ministerpräsident Braun erklärte in einem Brief, daß die geschäftsführende Regierung erst am nächsten Tag beschließen werde, ob sie diesen Wunsch des Landtages erfüllen werde.

Der Genosse Piel stellte als Vertreter der Kommunisten in seiner Rede fest, daß die Regierung Braun-Severing schon nicht mehr wagt, ihre Politik zu verteidigen.

Landarbeiterstreik im Freistaat Danzig

Danzig, 2. Juni. (Sig. Drahtbericht.) Der Landarbeiterstreik im Freistaat Danzig gegen die niedrigen Akkordlöhne hat sich in den letzten Tagen immer mehr verbreitet. Insgesamt stehen jetzt 18 Ortschaften mit insgesamt 700 Landarbeitern im Streik. In einigen Ortschaften mußten die Großagrarier vor der geschlossenen Front der Streikenden bereits zurückweichen und die Forderungen bewilligen.

Dies zu erkennen ist um so notwendiger, weil gerade jetzt die Bourgeoisie alle reaktionären Kräfte zum Kampf gegen die Arbeiterklasse konzentriert und weil jetzt die Sozialdemokratie den Versuch unternimmt, durch „linke“ Mandate die Arbeiterklasse zu verwirren und sie von den Kämpfern, ohne die der faschistische Angriff nicht zurückgeschlagen werden kann, abzuhaken.

Die bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung mit Hermann Müller an der Spitze hat der Reformregierung den Weg vorbereitet. Die Reformregierung ist die Regierung der Re-

Waldenburg

„Bergwacht“ baut Ferien ab

SPD. in Lohn- und Urlaubsabbau voran

Waldenburg. Dem Personal der „Bergwacht“ sollten ab 1. Juni die Ferien um 50 Prozent gekürzt werden. Dagegen wehrte sich das Personal und erreichte, daß die Ferien um 25, anstatt 50 Prozent gekürzt werden.

Der Widerstand hat, wenn auch nicht einen vollen, so doch einen Teilerfolg gebracht. Wieder ein Beweis, daß durch geschicktes Vorgehen etwas zu erzielen ist. Die SPD. wollte vor den Mohlenbaronen den Raub durchführen, um den Unternehmern mit „gutem Beispiel“ voranzugehen.

Barackenbewohner am Borwerksbusch fordern geschlossenen Mietensenkung

Waldenburg. Nachdem am Freitag, wie bereits in der „Arbeiter-Zeitung“ gemeldet, der Bewohner der Baracke von der Wohlfahrtsunterstützung für die Miete abgezogen wurde, versammelten sich am Montag mehr als die Hälfte der Mieter im Rathaus, wo um 16 Uhr eine Magistratsitzung stattfand. Die Mieter erreichten durch Massenbrud, daß der Antrag auf Herabsetzung der Mieten in den Baracken 2, 3 und 4 von 10 auf 7 Mark und in der Baracke 1 von 8 auf 5 Mark noch als dringend anerkannt wurde, trotzdem der Antrag erst nach Zusammenstellung der Tagesordnung eingereicht wurde.

Vor Beginn der Sitzung wurden die Versammelten auf Anordnung des SPD.-Oberbürgermeisters Schubert von der Polizei aufgefordert, den Platz zu verlassen mit der Begründung, daß Herr Schubert bereits schon aufgefordert hatte, was aber nicht der Wahrheit entspricht.

Der Antrag der Mieter ist in der Sitzung abgelehnt worden. 75 von 80 Mietern unterschrieben diesen Antrag. Bezeichnend ist, daß die Mieten in den Baracken pro Quadratmeter höher sind, als in den Neubaugewohnungen.

Ergänzend zu dem ersten Bericht wäre die brutale Handlungsweise des Wohlfahrtsamtes festzuhalten. Einer Frau, deren Mann Ausländer ist, wurden von der wöchentlichen Unterstützung von 3,75 Mark 3 Mark durch das Wohlfahrtsamt abgezogen, so daß den zwei Erwachsenen ganze 75 Pfennig für die Woche zum Leben übrig blieben.

Die Barackenbewohner werden den Kampf um Mietensenkung führen bis zur letzten Konsequenz.

Auftakt zum Solidaritätstag am 12. Juni

Schwarzwaldbau. Im Zeichen der Mobilisation der breiten Schichten des ausgeklügelten Volkes gegen die verabschiedeten Absichten der imperialistischen Kriegstreiber, für Solidarität aller Proletarier gegen unsere Klassenfeinde hand auch der von der Parteiorganisationsgruppe, unter Mitwirkung der Jugendgruppe der JMW. Landesrat organisierte proletarische Kund. Der trotz schlechten Wetters vollgestaffte Saal bewies durch seine Belegung, daß man alle Stücke des Programms und deren Sinn wohl verstand. Die gewünschte

Ueberfüllte Versammlung in Waldenburg

Einheitskomitee, bestehend aus SPD., SAP., KPD. und parteilosen Arbeitern gewählt

Waldenburg. Die am Dienstag von der KPD. einberufene öffentliche Versammlung war überfüllt. Zahlreiche SPD., Reichsbanner- und Nazilarbeiter waren anwesend.

Die Ausführungen des Landtagsabgeordneten Gen. Sandner, Bremen, der über die blutigen Vorgänge im Landtag, über die drohende Militärdiktatur und den drohenden Krieg gegen die Sowjetunion sprach, wurden öfters von starkem Beifall unterbrochen. Die Stimmung der Anwesenden war begeistert.

In der Diskussion sprachen ein SAP. und ein SPD.-Arbeiter. Auch sie betonten die Notwendigkeit der Einheitsfront, stehen aber immer noch auf dem Standpunkt, daß mit den SAP. und SPD.-Führern eine Einheitsfront möglich ist. Der SPD.-Arbeiter Blasche

verurteilte auch das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtag, die zusahen, wie die kommunistischen Abgeordneten blutig niedergeschlagen wurden.

Im Schlußwort zeigte Gen. Sandner, wie die Herstellung der Einheitsfront möglich ist. Die einstimmige Annahme von zwei Entschlüssen zeugte davon, daß die Versammelten mit der Bildung der Einheitsfront auf dieser Grundlage einverstanden sind.

Ein Einheitskomitee, bestehend aus einem SPD., einem SAP., sieben KPD. und fünf parteilosen Arbeitern wurde gebildet.

Mit der „Internationale“ wurde die von starkem Kampfeifer getragene Versammlung geschlossen.

Belegschaftsversammlung der Fuchsgrube

Hoffmann und Möhle fehlen — BAW.-Funktionär Enge reißt aus

Waldenburg. Am 30. Mai fand im „Deutschen Hause“ in Weizstein wiederum eine Belegschaftsversammlung statt, die gut besucht war. Gen. Ernst sprach über wichtige Fragen im Bergbau. Das Einkommen der Bergarbeiter fällt, während die Dividenden der Großenbarone steigen. Durch verschärfte Antreiberei steigt die Produktion. Neue Lohnsenkungen sind von den Unternehmern beabsichtigt. Durch das Krümpersystem werden die Krumpels um Urlaub und Deputatkosten betrogen. Die Reformisten versprechen den Arbeitern, durch den Bierhausplan die Verschärfung der Krise zu verhindern. Das Gegenteil ist eingetreten. Hoffmann und Möhle wagten deshalb nicht, ihre Politik in einer öffentlichen Belegschaftsversammlung zu verteidigen. Gen. Ernst zeigte ferner die Rolle der Reformisten Tar-now und Naphthali. Durch die Politik des „kleineren Übels“ sicherten sie den Unternehmern die Profite und sind mitschuldig an den Auswirkungen der Notverordnungen, weil sie die Arbeiter vom Kampf zurückhielten.

Alle Kameraden, gleich welcher Organisation sie angehören, müssen sich zusammenschließen, um den Kampf gegen Lohnraub, Unternehmerterror und Faschismus aufzunehmen. Der Weg des Tolerierens führt ins Elend, der Weg des Kampfes zum Sozialismus. Deshalb rote Einheitsfront auf breiter Grundlage.

In der Diskussion sprach u. a. der Nazibetriebsrat Franz. Er wetterte gegen die hohen Gehälter der Beamten und sprach für den

Streik. Wie „ernst“ es die Nazis mit ihren Parolen nehmen, zeigte die vergangene Lohnbewegung im Waldenburger Revier. Daselbst bei seinen Ausführungen gegen den Bierhausplan. Vor dem Schlußwort suchte Franz das Weite. Arbeiter, seht diesen Helden nicht auf's Maul, sondern auf die Finger.

BAW.-Mitglied fordert Kampf über die Köpfe der Führer hinweg

Von Bedeutung waren die Ausführungen eines alten BAW.-Mitgliedes. Wenn wirklich Kampfstimmung unter den Arbeitern vorhanden war, so wurde von den Führern so lang geschamst, bis die Krumpels wieder über's Ohr gehauen waren. Während dem englischen Bergarbeiterstreik wurde hier aus Solidarität gekammelt, und auf der anderen Seite hatten die Gewerkschaftsführer nichts einzusetzen, daß Ueberlichkeiten verfahren wurden und Kohlen nach England geschickt wurden. Der BAW.-Kamerad sagte mit Begeisterung: Wenn es von den Führern nicht geht, dann wird der Kampf über die Köpfe der Führer hinweg geführt werden, und alle Kameraden werden ihren Mann stehen.

Einige andere Krumpels sprachen sich ebenfalls für den Kampf gegen Unternehmerterror aus. Der BAW.-Funktionär Enge zog es vor, noch ehe die Aussprache begann, zu türmen. Auch er wagt nicht mehr, die Politik seiner Bonzen zu verteidigen.

Im Schlußwort verpflichtete Gen. Ernst die Phrasen des Nazi-Franz an Daud von Beispielen aus den früheren Kämpfen. Diese Leute verüben mit tönenden Worten die Arbeiter zu locken. Genosse Ernst forderte auf, Delegierte zu der am Sonntag, dem 5. Juni, im „Edelstein“ in Waldenburg stattfindenden Revierkonferenz zu entsenden. Einige Krumpels wurden gewählt.

Bergarbeiter! Organisiert unermüdet den Kampf für eure Forderungen, für ein freies sozialistisches Deutschland!

Wiederholung einzelner Stücke des Programms konnte infolge vorgerückter Zeit nicht erfüllt werden. Beachtet wurden auch die Worte eines Genossen, daß nur zäher unermüdeter Kampf mit der kommunistischen Partei und ihren revolutionären Organisationen das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse beschleunigen kann. Mehrere Aufnahmen für die rote Hilfe und eine Schlussammlung für die JMW. von 1,50 Mark waren der sichtbare Erfolg des Abends. Der Spieltruppe Landeshut für ihre Leistungen ein „Rot Front“.

Die Raucher jubeln.

Die Bulgaria ist mit einer 3 1/2 Pfg.-Zigarette erschienen.

Das will etwas bedeuten.

Denn das ist keine 3 1/2 Pfg.-Zigarette, wie solche, die man dem Raucher bisher vorgesetzt hat.

Es ist eine Qualitäts-Zigarette, wie alle Bulgaria-Marken. Hergestellt aus den wundervollen bulgarischen Edel-Tabaken.

BULGARIA **3 1/2**
SPORT die **3 1/2**
der Bulgaria
mit Sport-Photos
6 Zigaretten 20 Pfg.



Nazis und SPD. zwingen die Hungerpeitsche

Die Forderungen der Erwerbslosen vor dem Preussischen Landtag — Anflagereden der Genossen Schwent und Koenen

In der Mittwoch-Sitzung des Landtages, über die wir bereits gestern einen kurzen Vorbericht brachten, erhob namens der kommunistischen Fraktion der Genosse Jasper vor Eintritt in die Tagesordnung der Landtagssitzung scharfen Protest gegen die Polizeimaßnahmen des Landtagspräsidenten. Er wies darauf hin, daß den Abgeordneten sogar verboten worden ist, Besuche im Landtagsgebäude zu empfangen und Besprechungen mit ihren Wählern abzuhalten.

Anzuerkennen dem nationalsozialistischen Präsidenten Kerl blieb es vorbehalten, den Landtag unter Schutz von 25 Polizeibeamten in Zivil zu stellen. So handelt der Landtagspräsident, dessen Partei behauptet, im ständigen Kampf gegen die „Empfänglichkeit“ der Herren Grzesinski und Weich zu stehen. Die kommunistische Fraktion erhebt scharfen Protest gegen die unerhörten Polizeimaßnahmen des Präsidenten und beantragt, die Polizei sofort zurückzuziehen und alle Absperzmaßnahmen aufzuheben.

Der Nazipräsident Kerl erklärte dazu, der kommunistische Antrag richte sich gegen Maßnahmen des Präsidenten, über die das Haus nicht abzustimmen habe. (Lachen und Rufe bei den Kommunisten: „Das System“.)

Genosse Hausladen brachte zwei Anträge zugunsten der Ruhrberger Arbeiter ein. Die Anträge werden auf Antrag des Genossen Hausladen dem Ausschuss für Handel und Gewerbe zur weiteren Beratung überwiesen.

Die Aktienkurse sind gestiegen. Man flieht in die Sachwerte, weil man weiß, daß Hitler-Hugenberg Inflation bedeutet.

Die Arbeitsbeschaffungspläne Gregor Strahers und des A.G.B. nähern sich einander. Die Nazis haben keine anderen Rezepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als die SPD.

Die Nazis predigen, daß der Krieg Arbeit bringe. Diese Irrlehre hat bereits bei sozialdemokratischen Betriebsräten Eingang gefunden. Aber diese Auffassung gehört zu den niederträchtigsten und ungeheuerlichsten Verwirrungsmanövern. Der Krieg bedeutet Verichtung und nichts anderes (Zuruf bei den Nazis: Das wissen wir auch). Das wollen wir uns gut notieren. (Zuruf bei den Nazis: Und die Sowjetarmee?) Die ist zur Sicherung des Friedens in der sozialistischen Sowjetunion da, solange solche Kriegshege wie Sie vorhanden sind. (Bravo bei den Kommunisten.)

Kommunisten kämpfen für Erwerbslose!

Darüber wurden die kommunistischen Anträge für Beschaffung von Arbeit für die Erwerbslosen und Rückgängigmachung aller Unterstützungs Kürzungen behandelt.

Genosse Schwent

Besondere die Anträge: „Die kommunistische Fraktion hat die Behandlung ihrer Anträge bewußt an die Spitze der Landtagsverhandlungen gestellt, um die Lebensnotwendigkeit und Dringlichkeit der in ihnen niedergelegten Forderungen zum Ausdruck zu bringen. Überall im Lande lodern Flammenschilder auf die Jahrtausend dem Hunger ausgelegten Erwerbslosenmassen empören sich gegen die Elendsqualen.“

Nach jeder Notverordnung wurde mit Arbeitsbeschaffung, mit Wiederankurbelung der Wirtschaft begründet. Jede neue Notverordnung hat zu einer ungeheuren Vermehrung der Arbeitslosigkeit geführt und gerade dieser Umstand kennzeichnet das ungeheuerliche Verbrechen der Sozialdemokratie, daß sie mit der Tolerierung der Frühingnotverordnungspolitik begangen hat. (Sehr wahr bei den Kommunisten.)

Auch der preussische Ministerpräsident Braun hat an den Erklärer einen Brief gerichtet, in welchem von Arbeitsbeschaffung die Rede ist. Braun spricht davon, daß es nicht genüge, für die meist schon hinarbeitenden Industrien die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden herabzusetzen. Die Arbeitszeitverkürzung müsse nicht über 40 Stunden hinausgehen. Braun will also die Löhne durch weitere Arbeitszeitverkürzung noch mehr senken. (Zuruf bei den Komm. unerhört!)

Nach einer eingehenden Kritik der „Arbeitsbeschaffungsprogramme“ von SPD. und Nazis fuhr Gen. Schwent fort:

Aber wir erklären auch hier: Es gibt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft keine Möglichkeit, ein ernsthaftes Arbeitsbeschaffungsprogramm durchzuführen. Diese Möglichkeit ist erst in einem freien Arbeiterdeutschland gegeben. Das grandiose Beispiel der Sowjetunion muß in Deutschland verwirklicht werden. Erst dann werden die Arbeitslosen Arbeit und Brot haben. Es zeigt sich ja schon jetzt, daß die Sowjetunion heute schon sogar für einen Teil der Arbeiterschaft Deutschlands die Arbeitsbeschaffung übernommen hat. (Sehr richtig und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Genosse Schwent begründet dann den Antrag auf Wiedererhöhung der Wohlfahrts- und sonstigen Unterstützungen.

Die im tiefsten Elend stehenden Opfer des kapitalistischen Systems müssen erkennen, daß es nur einen Weg gibt, zu Freiheit und Brot zu kommen: den Weg, den die Kommunisten ihnen von jeher gezeigt haben, den Weg des revolutionären Kampfes (Stürmisches Bravo und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

In der folgenden Aussprache begnügten sich alle Parteien mit nichtssagenden Erklärungen, zum Teil gegen die kommunistischen Anträge. Für die Nazis erklärte Lohje, daß seine Fraktion zu den Anträgen eine willige Stellung nehmen wolle (Lachen bei den Kommunisten). All diesen Heuchlern riß in einer ausgezeichneten Rede Genosse Koenen die Maske vom Gesicht.

Grüß den Hafenarbeitern und Soldaten von Gdingen!

Die einzig richtige Antwort auf die Kriegsproduktion haben die polnischen Hafenarbeiter in Gdingen gegeben (Händeklatschen bei den Kommunisten). Wir begrüßen den Streik der polnischen Hafenarbeiter, die es ablehnten, Munition nach Japan zu transportieren. Wir erleben zu unserer Freude, daß die polnischen Soldaten sich weigerten, auf die Streitenden zu schießen (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten). Die Wannen leuchten es ab, in die streikenden Massen hineinzusprennen. Erst eine Gruppe von Offizieren und Unteroffizieren schloß gegen die streikenden Arbeiter. Diese Aufsehung des polnischen Proletariats und der polnischen Soldaten begrüßen wir als Zeichen für die internationale Solidarität, die den Arbeitern aller Länder sagt, daß ein Krieg gegen die Sowjetunion ein Krieg gegen die Arbeiter aller Länder ist (Lebhafte Beifall bei den Kommunisten).

Jetzt soll mit der Arbeitsdienstpflicht die gesamte deutsche Jugend militarisiert werden. Die SPD-Mednerin sprach dabei von einer Reihe „positiver Erscheinungen“. Das bedeutet ein Einschwenken in die Kriegsfrente.

Auf einen dummen Zuruf des SPD-Mitglieds Helmann antwortete Genosse Koenen: Herr Helmann weiß nicht, was „Rot Front“ ist. Rot Front ist die Wehrorganisation im Klassenkampf des Proletariats. (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.) Aber Sie stehen auf der anderen Seite der Barrikade, bei der Bourgeoisie.

Die Arbeitermassen draußen erkennen in steigendem Maße, daß die Arbeitsbeschaffungsprogramme der SPD. und Nazis blanke Schwindel sind. Die Arbeitslosen haben keine Zeit, das Dritte Reich zu erwarten, sie können von den süßen Redensarten des Zentrums und der SPD. nicht satt werden. Darum greifen die Arbeitslosen zur Selbsthilfe. Wir sind überzeugt davon, daß die Welle dieser Aktionen in den nächsten Wochen und Monaten stürmisch vorwärts gehen wird.

Es gibt bereits Städte, wo die Forderung: „Es wird nicht mehr ermittelt!“ beinahe vollständig durchgeführt ist. Und es gibt Orte, wo die Arbeiter bereits ganze Villen beschlagnahmt und die ermittelten Erwerbslosen in diese Villen hineingelegt haben. (Lebhafte Beifall bei den Kommunisten.)

Diese Anjänge der Aktionen nehmen wir ernst. Wir wissen, daß die Erwerbslosen dabei auf den Widerstand der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten stoßen. So hat der Nazi-Gauleiter Jordan in Mitteldeutschland an den SPD-Regierungspräsidenten von Harnack einen offenen Brief geschrieben, daß die Kommunisten Emissionen verhindern und Zwangsversteigerungen durchkreuzen. Diese bolschewistischen Aktionen dürfen nicht so weitergehen, denn das sei eine Untergrabung jeder Ordnung. Das ist die Nazipolitik gegen die Erwerbslosen.

Auch die Zahl der Selbstmorde steigt. Wir sind nachdrücklich davon überzeugt, daß der Selbstmord in Berlin zur häufigsten Todesursache wird.

Angeichts dieser Zustände sagen wir: Wir sind nicht der Meinung, daß das Proletariat in Plünderungen und Selbstmorden in diesem faulen verruchten System untergehen soll, sondern wir sind der Meinung, daß das Proletariat leben soll. Aber damit das Proletariat lebt, muß es kämpfen. Und damit es leben kann, muß der Kapitalismus geschlagen werden und sterben. (Lebhafte Beifall bei den Kommunisten.)

Genosse Koenen rechnet mit SPD. und Nazis ab

Man hört bei den Ausführungen der Sozialdemokraten und des Zentrums auch nicht einen Schimmer des ungeheuren Massenelends in Deutschland. Die beiden bisherigen Regierungsparteien sind allerdings in einer sehr üblen Lage. Wenn sie ehrlich sein wollten, müßten sie sagen: Was wir jetzt haben, ist der volle Bankrott der Zentrumspolitik! Frühings-, Hirteifers und keiner sozialdemokratischen Trabanten. Abtreten, verschwinden, Mund halten, das würde ihnen gehören! (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Die SPD scheint zu meinen, daß sie gar nicht verantwortlich wäre für all die Not, die jetzt draußen in den Straßen ist. Die SPD fordert alles mögliche Arbeitszeitverlängerung, aber ohne Lohnausgleich. Sie fordert, daß die Nationalisierung nicht nur auf Kosten der Arbeiter geht. Aber sie hat doch diejenigen, die die Arbeiter erst in dieses Nationalisierungselend hineingeworfen haben! Die SPD fordert die Kaufkraft muß steigen! Und dann stimmen sie allen Forderungen zu, die Frühing vor schlägt.

Somit wird erklärt, unsere Forderungen gleichen den Forderungen des A.G.B. zur Arbeitsbeschaffung. Der A.G.B. kann solche Forderungen sogar einstimmig zum Beschluß erheben. Aber niemals wird die Gewerkschaftsbürokratie auch nur den kleinsten Kampf für die Durchführung dieser Forderungen unterstützen. Sie helfen nur diese Forderungen auf, um die Arbeiter vom Kampf abzuhalten und zu verwirren.

Man hat davon gesprochen, daß die SPD. so fest an der Arbeitslosenversicherung festhalte. Ja, sie sind immer für Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung gewillt. Sie haben allmählich die Beiträge von 12 auf 60 Prozent angehoben. Jetzt kommt man mit der Redensart, daß die Arbeiter durch ihre Beiträge Rechte haben auf eine Selbstverwaltung. Ja, wo ist denn ihre Selbstverwaltung? Sie besteht darin, daß einige SPD-Fonzen wieder einige Pöbeln beiseite. Diese Selbstverwaltung ist nur eine neue Eingliederung der sozialdemokratischen Bürokratie in den kapitalistischen Staatsapparat.

Wenn jemand zum Arbeitsamt oder zu den Versicherungsämtern kommt, dann greift ihn durch das Schaltender die sozialfaschistische Frage an. (Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Wir sind der Meinung, daß eine Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Unternehmer und des Staates durchgeführt werden muß. Wir lehnen die Beitragserhöhung der Arbeiter ab.

Ihre Forderung auf Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ist ein neuer Raub an den Friedensarbeitern. Sie gehen dadurch der Bourgeoisie den Weg zur verschärften Ausbeutung.

Nun einige Worte zur Frage der Arbeitsbeschaffung und der Inflation. Unsere Mittelbeschaffung ist eine ausgeprägte antikapitalistische Mittelbeschaffung. Wir schlagen eine Millionärsteuer vor. Die Nationalsozialisten lehnen sie ab. (Zuruf bei den Nazis: „Das nimmt ja nicht!“) Dann werden wir Sie auf die Probe stellen.

Wir schlagen weiter vor, die Milliarden, die jetzt für Kriegszwecke ausgegeben werden, für nützliche Arbeitsbeschaffung zu verwenden. (Zuruf: „Und wie ist es in Rußland?“)

In der Sowjetunion ist die Lage so, daß solche Leute wie Sie

(nach rechts) nichts mehr zu reden haben. (Lebhafte Beifall bei den Kommunisten.)

Die Arbeiter sind die roten Direktoren, die Arbeiter und Bauern sind die Führer der roten Armee (Händeklatschen bei den Kommunisten). Und wenn Sie etwa glauben, sich an diesem Arbeiterkult vergreifen zu sollen, dann werden Sie sich an dieser Arbeiter- und Bauernmacht die Zähne ausbeißen! (Lebhafte Beifall bei den Kommunisten, Zurufe rechts.)

Hitler heißt Inflation

Von Tapferkeit sollten Sie (zu den Nazis) wirklich nicht sprechen, denn es ist hinlänglich bekannt, daß sie nur dann eingreifen, wenn sie in drei- oder vierfacher Uebermacht sind. Sie sollten nicht von Tapferkeit reden, wenn jetztzustellen ist, daß wir unter etwa 50 Abgeordneten nur 4 Verletzte hatten, während sie mit ihrer großen Uebermacht 19 Verletzte aufzuweisen hatten.

Nun zur Sache. Die Inflation ist die ungeheuerlichste, niederträchtigste Methode zur Ausplünderung der werktätigen Schichten. Wenn die SPD-Mednerin meint, es handle sich nur um ein Inflationsgeschrei, so hat sie an der Situation vorbeigeredet. Gerade jetzt wird dieser Schrei zur Wirklichkeit. Hitler wurde stürmisch von der Börse begrüßt.

Das Verdienst Hindenburgs

Heranziehung der Nazis an die Regierung

Die großkapitalistische „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrer Morgenausgabe vom 2. Juni zur Bildung der Regierung Papen-Schleicher u. a.:

„Wir bedauern von unserem Standpunkte aus, daß es nicht möglich war, die Nationalsozialistische Partei gleich jetzt in die politische Verantwortung mit einzubeziehen und sie sich an den gewaltigen Aufgaben der Innens, Außen- und Wirtschaftspolitik mit erproben zu lassen. Aber es kann doch nicht gelehnet werden, daß das Kabinett von Papen wenigstens einen ersten Schritt, der schon längst hätte getan werden müssen, nachdem die Stimmung der zehn oder dreizehn Millionen Deutschen festgelegt worden war, die immer stürmischer eine andere Politik des Reiches verlangten. Diesen Kräften den Weg bereitet zu haben, damit das gehörte Gleichgewicht im Leben der Nation wieder hergestellt wird, das ist ein unbezweifelbares Verdienst in erster Linie des Reichspräsidenten und in zweiter des Mannes, der sich zur Durchführung dieser Aufgabe ihm zur Verfügung gestellt hat.“

Klipp und klar bestätigt also die D.A.Z., daß die Regierung Papen ein Schritt auf dem Wege zur Naziregierung bedeutet. Das Verdienst, den Nationalsozialisten den Weg bereitet zu haben, das gebührt — so stellt das Blatt mit Befriedigung fest — dem Reichspräsidenten Hindenburg, demselben Hindenburg, für den die SPD. und die Gewerkschaftsführer unter der betrügeri-

chen Lösung: „Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler“, ihre Anhänger zur Wahl kommandiert haben. Was wir immer und immer wieder über die Rolle Hindenburgs und der SPD-Führer gesagt haben, das findet jetzt seine hundertfache Bestätigung.

Daß die SPD. und Gewerkschaftsführer trotz allen radikalen Oppositionsphrasen auch heute nicht daran denken, einen wirklichen Kampf gegen den Faschismus und die Reaktion zu führen, das verrät der am 1. Juni erlassene Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Wohl erscheint der Aufruf im „Vorwärts“ unter der Ueberschrift: „Zum Kampfe bereit“, aber er sagt nicht, daß der Kampf unausweichlich ist, daß gekämpft werden muß, er enthält auch kein Wort darüber, wie gekämpft werden muß.

Wir Kommunisten müssen dafür sorgen, daß sich die sozialdemokratischen Arbeiter nicht durch die „radikalen“ Töne der SPD. und Gewerkschaftsführer täuschen lassen. Es darf nicht gelingen, die Arbeiter vom Kampf gegen die Reaktion und den Faschismus abzuhalten. Die Beispiele mehren sich, wo sozialdemokratische Arbeiter in den Betrieben, auf den Stempelstellen und in den Wohngebieten sich in Einheitsfront mit den kommunistischen und parteilosen Arbeitern zur antifaschistischen Aktion sammeln. Diese Einheitsfront muß und wird die Pläne der Reaktion durchkreuzen. In dieser Einheitsfront wird der Faschismus und die Reaktion zerfallen.

Die Klassenjustiz arbeitet

Am Tage vor der Präfekturwahl verteilten die Nazis vor dem Betrieb der Gasfabrik Hingblättern. Die Belegschaft, die vorwiegend Arbeiterparteien angehört, empfanden das lärmende Vorgehen der Nazis als Provokation. Sie setzten sich zur Wehr und erteilten den Nazis eine proletarische Abreibung. Vor dem Gericht hatten sich, wie immer, nur die Arbeiter und nicht die Provokateure zu verantworten. Die Nazis marschierten sogar als Kronzeugen auf, 11 Zeugen gehörten der NSDAP an und waren Beteiligte beim Zusammenstoß. Man kann sich vorstellen, wie ihre Befundungen ausfallen. Selbst das Klaffengericht mußte die Aussagen der Nazis anerkennen und als unwahrscheinlich erklären. Einer der wütendsten Kommunistenführer und Zeugen war ein früherer Polizeimachtmister, heute „verbotener“ SA-Mann. Trotz dieser verworrenen Sachlage fällt das Gericht hohe Strafen und zeigt damit wieder, daß es ein zuverlässiges faschistisches Instrument des kapitalistischen Systems zur Unterdrückung der Arbeiterklasse ist. Der kommunistische Arbeiter Schuber wurde wegen schweren Landfriedensbruchs zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt, ein SA-Genosse erhielt 3 Monate Gefängnis. — Klassengenossen, zerbricht in roter Einheitsfront das kapitalistische System, kämpft mit der Roten Hilfe gegen die Klassenjustiz und ihre Terrorurteile.

In den Tod gehetzt

Heraus zur Protestversammlung heute um 20 Uhr im Arbeiterheim Holteistraße 26, Hof 1

Der langjährige erwerbslose Arbeiter Artur Schuster, wohnhaft Friedrichstraße 55, hat sich gestern Abend gegen 7 Uhr mittels eines Drahtseiles aufgehängt. Er bezog mit Frau und Kind eine Wohlfahrtsunterstützung von 15 Mark wöchentlich. Ausgezahlt wurden ihm nur 13 Mark. Die Miete, die er zu zahlen hatte, betrug 18 Mark. Er erhielt noch 10 Mark Zuagunterstützung, wovon er jedoch keine Miete nicht bezahlen konnte. Die Not trieb ihn dazu, sechs Tafeln Schokolade zu stehlen, worauf er die unerhörte Strafe von 1 Jahr Gefängnis erhielt. Seine wirtschaftliche Lage verschlimmerte sich so, daß er gezwungen war, seine Kleidungsstücke zu verkaufen. Das Wohlfahrtsamt zog ihm jetzt von 10 Mark Zuschlag 3,50 Mark ab, so daß er am Freitag vergangener Woche nur noch 10 Mark erhielt. Er hatte noch 6 Mark Schulden zu bezahlen und stand jetzt vor dem absoluten Nichts. Sch. ist ein Opfer dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die nur beseitigt werden kann im gemeinsamen Kampf aller Werktätigen.

Aus diesem Anlaß beruft die kommunistische Partei, Stadtteil Süd, heute um 20 Uhr im Arbeiterheim Holteistraße 26, Hof 1, eine Versammlung ein mit dem Thema: „Selbstmord oder revolutionärer Kampf? — Wo ist der Ausweg? Wir fordern alle Arbeiter, Mithelfer und Kleinrentner auf, zahlreich zu dieser Versammlung zu erscheinen.“

Sozialdemokraten als Polizeispiegel

(Arbeiterkorrespondenz)

Strehlen. Eine im Juli vorigen Jahres hier erschienene Festschrift der Partei, betitelt „Strehleener rote Jahre“ hatte es der Strehleener Polizei, vor allem dem der Arbeiterschaft rühmlichst bekannten Polizeibeamten Hase, ganz besonders angetan. Das Impressum (auf Zeitungen die gefeldeste befürwortende Meinung des für den Inhalt verantwortlichen Herausgebers und Redakteurs — Die Red.), welches den Namen unseres Genossen Bernhardt diesesmal irrtümlicherweise führte, genügt, eine unbeschreibliche amtliche Hege gegen den vorgeannten Genossen in Szene zu setzen. Diese Hege wurde mit einer Anzeige und einem richterlichen Strafbefehl gekrönt. Bei dem Strafbefehl wurde nun auf einmal die Zweiselligkeit eines Sozialdemokraten, und zwar des Hausbesizers H. von der Veranlassung, offenbar. Dieser hatte der Polizei einen an ihn mit Schreibmaschine geschriebenen Brief des Genossen B. ausgehändigt, um damit die Identität der Schrift mit der „Strehleener roten Jahre“ darzutun. Obwohl damit voll und ganz danebengegangen wurde, wurde dieser Brief bei dem richterlichen Strafbefehl als Beweismaterial gewertet. Die von Genossen B. gerichtlich beantragte Entscheidung über den Strafbefehl war anlässlich des nun stattgefundenen Termins eine wichtige Abrechnung mit den Methoden der Strehleener Polizei und mit der Rolle des H., die die Methoden der SPD sind. H. der seinerzeit selbst in die Mägen des Strafgesetzes wegen Wilddieberei verurteilt war, glaubte mit seiner Zweiselligkeit das Wohlwollen und die Günst der Polizei und des Gerichtes damit zu erhalten. Die von uns nunmehr anzukündigenden Ermittlungen über den Zweifelsfall und die Hauspächter-Maßnahmen des H. werden uns noch einmal Gelegenheit geben, uns mit ihm zu beschäftigen.

Daß die Polizeibeamten Hase und Reich, letzterer der Strehleener Arbeiterschaft vom Tilschlerstreik noch in zu guter Erinnerung, auf die schwerwiegende Belastung des Genossen B. absahen, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Das Stenogramm „Hinter den Kulissen“ beim Gericht in Briesg war für Hase eine große Plage. Damals mußte das Briesger Gericht bei dem Genossen Andrago und Bernhardt auf Freilassung erkennen, und nun ist auch bei dem Strehleener Gericht eine Hege gegen den Genossen Bernhardt erneut zusammengebrochen.

Die Saat, welche Hase in Strehlen gesät, wird für unsere Bewegung nur gute Früchte bringen, das haben die stürmischen Zustimmungserklärungen der Strehleener Arbeiter bewiesen und gezeigt, daß die Massen das Zeichen der Zeit immer mehr erkennen.

Funktionäre der NSD!

Freitag, den 3. Juni, 19.30 Uhr, in dem neuen Büro Wallstraße 21, 3. Etg. Gesamtfunktionärskonferenz! Jeder Funktionär muß bestimmt anwesend sein. Sekretariat der NSD.

Einheitsfront der Tat

Kommunisten mit Reichsbannerkameraden wehren gemeinsam Nazisturm ab

Gauleiter Alexander als Saboteur der Einheitsfront — Auch heute früh erneuter Faschistenüberfall

Breslau. Bereits in unserer getriggen Nummer wiesen wir darauf hin, daß die braune Wurdpeft am Mittwoch den Versuch unternommen hatte, die Gaugeschäftsstelle des Reichsbanners auf der Weintraubengasse zu stürmen. Diese ihre am Mittwoch mißglückte Absicht wollten sie gestern in die Tat umsetzen. Gegen 19 Uhr rotteten sich die SA-Banditen zusammen und gingen von der Mantelgasse und dem Graben aus, mit Steinen bewaffnet, in Sturmkolonne auf das Gaubüro des Reichsbanners zu. Die bedrängten Reichsbannerkameraden sandten nun Kurriere nach den einzelnen Stadtteilen und forderten die Kommunisten auf, mit ihnen gemeinsam den Angriff der Faschisten abzuwehren. Diesem Rufe wurde auch Folge geleistet. Seite an Seite mit den Reichsbannerkameraden wehrten die Kommunisten den Angriff ab. Obwohl zwei Polizeibeamte bei Beginn des Angriffes der braunen Wurdpeft zugegen waren, lehnten sie ein Eingreifen ab. Immer mehr erhielten die Faschisten Zugang. Die Arbeitskommandos der Nazis im braunen Hause auf der Reudorfstraße wurden ebenfalls sofort zum Sturm auf das NB-Büro mit eingesetzt.

Inzwischen war ein Ueberfallkommando der Polizei erschienen. Die gegen die Pistolen und anstatt die angreifenden Nazis zurückzujagen, wurde gegen die sich zur Abwehr des faschistischen Angriffes versammelten Arbeiter vorgegangen.

Mit Steinen und mit Schanzern bewaffnet, gingen die braunen Wurdpeften vor. Bis 2 Uhr nachts dauerten die sich stetig wiederholenden Angriffe der Nationalsozialisten an. Aber nur dann, wenn sie in größerer Zahl waren, griffen sie an. So wurde gegen 19 Uhr ein Reichsbannerkamerad von einer Horde von etwa 200 Wurdpeften angefallen, in die Passage von Brennmeier gedrängt und dort zu Boden geschlagen. Als die Polizei erschien, forderte sie die Nazis in gemüthlichem Tone auf weiterzugehen. Der dies Kommando befehlende Offizier, mit sechs ins Auge geklemmtem

Monokel, freute sich über die so human von Katten gehende Beseitigung des Angriffes der braunen Wurdpeft.

Während zuerst die Reichsbannerkameraden gemeinsam mit den Kommunisten den Angriff abgewehrt hatten, zogen sich dann die Reichsbannerleute auf Anordnung (!), als sich die Nazis gegen die Arbeiter wandten, zurück. Nur einige klassenbewußte Reichsbannerkameraden kämpften weiter mit Kommunisten in einheitlicher Front gegen das braune Gesindel. Ein Jungbannerkamerad forderte den Gauleiter Alexander vom NB. auf, das Reichsbanner zu organisieren, um den Kommunisten, welche jetzt von den Nazis angegriffen wurden, zu Hilfe zu eilen. Alexander erwiderte daraufhin dem Jungbannerkameraden Rudolf Berger: „Macht, daß ihr nach Hause kommt! Es wird nichts passieren.“ So geschah am Donnerstag Abend kurz vor 23 Uhr, zum Dank dafür, daß die kommunistischen Arbeiter Seite an Seite mit den Reichsbannerkameraden den Ansturm der Nazis auf das Gaubüro abgewehrt hatten.

Auch heute früh erneuter Faschistenterror

Als heute früh unser Genosse R. die Wischofstraße entlang ging, wurde er in der Höhe der Albrechtstraße von zwei Faschisten mit den Worten: „Du verfluchter Moskowiter, du bolsche-wistischer Zeilenhinder!“ angefallen und geschlagen. Nur dem Umstand, daß die Albrechtstraße lebhaften Verkehr zeigte, veranlaßte die Nazi, von weiteren Taktlichkeiten abzusehen.

Reichsbannerkameraden, SPD- und SAP-Arbeiter!

Schmiecht fester die Einheitsfront zum Kampf gegen den wachsenden Faschistenterror! Laßt euch von euren Führern nicht vom Sabeln abhalten! Nur durch den gemeinsamen außerparlamentarischen Kampf werden wir den gemeinsamen Feind schlagen!

Russische Proletarier grüßen die Breslauer Konfektionsarbeiter

Brief der Arbeiter der ersten Konfektionsfabrik in Koffow an die Konfektionsarbeiter in Breslau

Breslau. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der ersten Konfektionsfabrik „S. A. Sch. D.“, auf deutsch: Nordkaukasische Vereinigte Konfektion, in Koffow am Don, schickten an die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen in Breslau nachfolgenden Brief, welchen wir durch das Bezirkskomitee der NSD. übermittelt erhielten. In einem Beisreiben wird auch der Wunsch ausgesprochen, die Breslauer Konfektionsarbeiter (innen) möchten in ständigen brieflichen Verkehr mit ihnen treten und auch einen Wettbewerb mit ihren russischen Kollegen abschließen.

Koffow am Don, den 13. April 1932.

Wir Arbeiter der ersten Konfektionsfabrik Zwerne-Damkaf, loje-Schwejnaje-Objedinenije der Stadt Koffow senden den Konfektionsarbeitern der Stadt Breslau unsere proletarischen Grüße. Werte Kollegen und Kolleginnen! Wir wollen Euch von unseren Erfolgen bei dem Aufbau des Sozialismus berichten und unser Leben und die Arbeit unserer Fabrik beschreiben.

Wir haben einen bestimmten Arbeitsplan. Alle Arbeiter sind befreit, diesen Plan zu erfüllen. Wir kämpfen für die Herabsetzung der Selbstkosten und für Verbesserung der Arbeit. In der Zeit des Neuabschlusses des Tarifvertrages haben unsere Arbeiter eine Reihe Verbesserungsanträge gemacht und zwar: fünf zur Verbesserung der Produktion, sieben zur Verbesserung der Arbeit, sieben zur Hebung unserer sozialen Bedingungen und zwölf zur Verbesserung der Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung.

Durch die Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen sind wir in der Lage, insbesondere die Qualifikation und das Kulturniveau unserer Frauen zu heben, die sehr oft nach der Arbeit verschiedene Kurse und Schulen besuchen.

Wir haben Kinderrippen und Kindergärten. Auch werden neue Wohnungen für die Arbeiter gebaut. Alle Arbeit wird bei uns in Form von sozialistischen Wettbewerben durchgeführt. Die besten Arbeiter erhalten den Titel eines Udarnik (Stoßbrigadier). Unsere Betriebszeitungen beleuchten in einemfort diese Wettbewerbe. Die Arbeiter sind in Brigaden eingeteilt. Sie kämpfen für Erfolge an Rohstoffen und für die Erfüllung des Planes.

Die meisten bei uns beschäftigten Arbeiter sind Frauen. Wir arbeiten sieben Stunden am Tage. Die Frau bekommt denselben Lohn wie der Mann.

Teure Genossen, schreibt uns, wie Ihr lebt. Wir wollen von Euch eine Antwort erhalten, wie Eure Arbeits- und Lebensbedingungen aussehen.

Mit proletarischem Gruß

Das Arbeiterkollektiv der ersten Konfektionsfabrik. (Folgen fünf Unterschriften im Auftrage der Gesamtleitung.)

Dieser Brief zeigt mit aller Deutlichkeit, mit welcher Liebe das russische Proletariat am Aufbau der Wirtschaft und damit am Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion arbeitet. Die Tatsache des immer weiter zusammenbrechenden kapitalistischen Systems, die täglich mit Riesenschritten anwachsende Faschisierung in Deutschland und die wachsende Kriegsgefahr gegen das Vaterland aller Proletarier, lassen Millionen deutscher Proletarier zum Triumph des Sozialismus in der Sowjetunion aufblicken.

Kollegen und Kolleginnen der Konfektionsbranche, nehmt an Diskussionen zu diesem Brief Stellung, schildert euren russischen Kol-

legen eure wirtschaftliche miserable Lage. Schließt das Kampfbündnis mit den Arbeitern der Sowjetunion zum Schutze Sowjetrußlands, dem stärksten Hort des Sozialismus!

Heraus zur öffentlichen Versammlung

Brieg. Am Sonnabend, am 20. Juni, spricht im „Wintergarten“ der aus der SAP und dem Freidenkertverband ausgeschlossene Rektor Max Fellen aus Breslau über das Thema: „Die Lage in der Sowjetunion.“ Untertitelbeitrag 20 Pfennig, Erwerbsscheine 10 Pfennig. Arbeiter der SAP, SAP und SPD. erscheint recht zahlreich zu dieser Versammlung. Internationale Arbeiterhilfe.

Sportnachrichten

NSD. „Dynamo“. Freitag, den 3. Juni, 18 Uhr, Schulerziehung (Zusammenkunft mitbringen). 19.30 Uhr Vorstandssitzung. 20.30 Uhr Mitgliederversammlung. Tagesordnung sehr wichtig. Sitzungslokal bei Fischer, Hirschstraße 6.

Zum 11. Juni sind 10 Genossen aus Reike zum Rückspiel in Breslau. Wir benötigen noch eine Anzahl Quartiere. Diese sind zu melden beim Gen. Ritschke.

Achtung, Auslandbericht!

Deute Freitag 19.30 Uhr findet im Vereinslokal des NSD. Richter-Welt bei Richter, Promnitzer Straße 2, ein Vortrag über Sowjetrußland statt. Es spricht das Mitglied der tschechischen Sprachdelegation R. Berger. Die wertvolle Bevölkerung ist hierzu eingeladen.

Schlachtenbummler

zur Waldenburg-Fahrt von Rot-Weiß melden sich bei Genossen Paul Junger, Verhuer Straße 85. Der Fahrpreis beträgt 2 Mark.

Arbeitereltern, schickt eure Kinder zum roten Arbeitersport!

Oblau. Am Montag, dem 6. Juni, um 14 Uhr, findet im Sportlerheim am Alten Schlagplatz 17 die Gründung einer Kindergruppe des roten Sportvereins „Richte“ statt. Alle Arbeitereltern werden aufgefordert, ihre Kinder in die rote Sporteinheit zu schicken, um dort ihren Körper und Geist zu stärken. Kinder im Alter von 6-14 Jahren sind zu dieser Sitzung hiermit eingeladen. Unterstützt den roten Arbeitersport!

Sonntag großes Fußballwettkampfschwarz-Weiß gegen Oblau. (Siehe Sonnabend Sportseite.)

Am Sonntag fährt alles nach Deutsch-Wissa zur Fahnenweihe. Dasselbst Gartenkonzert — Sprechstunde — Spieltruppe — Tanz.

Proleten-Wochenpielplan

Der Fall des Generalkapitänoberst Redl — und der keusche Joseph Im Proleten ist einer der dramatischsten und spannendsten Szenen des „Der Fall des Generalkapitänoberst Redl“ ein Hauptstück. Der zweite große Schlag des Programms ist „Der keusche Joseph“. Felix Weßler, Paul Heidemann, Henry Bender, Paul Behrmeier erregen in diesem Film Lachstürme. Auch der Varieteteil ist wieder auf Humor abgestimmt. Die Bilder der neuen Wochenchau runden das überreiche Wochenprogramm ab. Erwerbslose zahlen an den Wochentagen nur 30 Pfg. Alles Nähere in den Inseraten.

Die nächste Kindervorstellung findet Sonntag, den 11. Juni, mit dem Meisterwerk von Murnau „Tabu“ statt.

Verantwortlich für den politischen Teil, Probing und Lokales: Erich Sobbe, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Hübner, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag und Druck: Schlichte Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Oeffentliche Gemeindearbeiter-Versammlung

am Freitag, dem 3. Juni, um 19 Uhr, im Lokal „Oderstrom“, Uferstraße 47. Stadtverordneter Genosse Brodde spricht über den Stand der Lohnbewegung und die Vorgänge im Stadtparlament.

Angriffe der Grubenbesitzer zurückgeschlagen

Ein Erfolg der österreichischen Bergarbeiter

Vom Sekretariat des Internationalen Komitees der Bergarbeiter wird geschrieben:

Der Verband der Grubenbesitzer Österreichs hat die Grubenverwaltungen angewiesen, alle Kollektivverträge zum 4. Juni zu kündigen und gleichzeitig die Löhne der Bergarbeiter um 6 Prozent herabzusetzen. In Zukunft sollen keine neuen Kollektivverträge mehr abgeschlossen, sondern auf jeder Grube soll durch Einzelverträge das Lohn- und Arbeitsverhältnis geregelt werden.

Die österreichischen Bergarbeiterführer sowie die Heimwehrverbände versuchen, durch alle möglichen Manöver zu lazieren, um durch Konträre eine Auseinandersetzung zwischen den Bergarbeitern und den Grubenbesitzern zu verhindern.

Unter Führung der AÖB. nahmen die Bergarbeiter jedoch selbst in Bergarbeiterversammlungen, in großen Bergarbeiterversammlungen zu diesem reaktionären Angriff der Unternehmer Stellung. In diesen Versammlungen, vor allem in den wichtigsten Bergarbeiterversammlungen in Wien und Seegraben, wurden Einheitskomitees gebildet, die sich aus sozialdemokratischen, kommunistischen sowie unorganisierten Arbeitern zusammensetzen. Die Bergarbeiterversammlungen formulierten folgende Forderungen:

1. Sofortige Mitternachts- oder Mitternachts- und Entlassungen und Einstellung aller Entlassenen bis Ende 1932.
2. Keinen Großen Lohnabzug. Keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

„Germania“ gesteht:

„Kabinett der nationalen Konzentration“

Uebergang für Nazi-Regierung — SPD. hofft auf Hindenburg

Die „Germania“, das Blatt, dessen Hauptaktionär der von Hindenburg beauftragte Reichskanzler von Papen ist, nimmt in bemerkenswerter Weise und mit völliger Offenheit zu den Aufgaben der neuen Regierung Stellung. Gegen die von der Zentrumspartei zu erwartenden Angriffe, daß von Papen den Platz des gestürzten Zentrumsvorsitzenden Brüning einnehme, erklärt das Blatt, daß von Papen „einer politischen Gewissenspflicht“ folge. Hindenburg habe mit diesem Auftrag den Weg zur Lösung der Krise beschritten, der deshalb notwendig geworden sei, „weil die Nationalsozialisten es abgelehnt haben, sich ohne erneute Bestätigung des Volkes für die Übernahme irgendwelcher Regierungsverantwortung zu entscheiden.“ Das Blatt fährt dann fort:

„Zwischen dieser nationalsozialistischen Forderung und der Notwendigkeit, den angestrebten politischen Kurswechsel in erster Linie auch auf die Nationalsozialisten zu stützen, war offenbar ein Ausgleich nicht zu finden. So mußte eine Zwischenlösung gesucht werden, die von den Nationalsozialisten gebildet würde und von der aus zu gegebener Zeit durch Neuwahlen eine endgültige Klärung angebahnt werden soll. Diese Klärung ist notwendig, und es wird die Aufgabe jeder neuen Regierung sein, sie herbeizuführen... Da die Nationalsozialisten, trotzdem sie seit Jahr und Tag nach der Macht drängen, zu ihrer Übernahme jetzt nicht bereit sind, wird man sie durch eine eindeutige Klärung anderer politischer Verhältnisse hierzu veranlassen müssen.“

„Aus dieser Stellungnahme der „Germania“, die zweifellos von Papen inspiriert ist, geht eindeutig hervor, daß das Kabinett der nationalen Konzentration nur eine Uebergangsregierung ist. Die endgültig den Nationalsozialisten den Weg zur Regierung bahnen soll, und daß diese Aufgabe auch in der Sprache von Hindenburg festgelegt worden ist. Hindenburg, der die Sozialdemokraten Wahlpropaganda unter der Losung „Schlagt Hitler — wählt Hindenburg!“, gemacht hat, hat offensichtlich in dieser Hinsicht auch mit Hitler und Göring verhandelt, denn es ist geradezu auffallend, daß Goebbels in einem Artikel im „Völkischen Beobachter“ ähnlich die Fragen stellt, wie die „Germania“. Goebbels schreibt:

„Ein Kabinett des besondern Vertrauens hätte vorerst keine andere Aufgabe zu lösen, als den Reichstag nach Hause zu schicken, Neuwahlen auszuschieben, die Organisations-, Agitations- und Demonstrationsfreiheit, für die bisher so maßlos unterdrückte nationalsozialistische Bewegung wiederherzustellen und durch den Appell an die Nation Uebereinstimmung zu schaffen zwischen dem Willen des Volkes und seiner parlamentarischen Vertretung.“

Daraus geht klar hervor, daß das „Kabinett der nationalen Konzentration“ in Uebereinstimmung mit den Nationalsozialisten gebildet wird, daß die Nationalsozialisten dieses Kabinett unter bestimmten Bedingungen unterstützen: Neuwahlen des Reichstags, Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten im Reich und in

3. Anerkennung aller erworbenen Rechte, gegen jede Verschlechterung der selbständigen Bergarbeiterversicherung und für ihre Sanierung auf Kosten der Unternehmer und des Staates.
4. Keine Ermittlungen aus den Werkwohnungen.

Die Bergarbeiterversammlungen erklärten, daß, falls die Unternehmer ihre Kündigungserklärungen und Lohnkürzungen nicht sofort zurücknehmen, der Streik als beschlossen gelte.

Die gewählten Kampfleitungen werden beauftragt, alle Vorkehrungen zu treffen, um am 4. Juni den Streik zu beginnen.

Auf Grund dieser Resolution und der Kampfbereitschaft der Bergarbeiter hat jetzt die größte Kohlenarbeitergesellschaft „Alpine“ ihre Kündigungen zurückgenommen. Sie erklärt, daß die Arbeiter weiter, auch nach dem 4. Juni, zu den alten Bedingungen, also zu dem alten Kollektivvertrag und nach den alten Lohnsätzen, weiter arbeiten wollten.

Dieser Erfolg ist ohne Zweifel auf die Tätigkeit der AÖB. und den Kampfwillen der Bergarbeiter von Seegraben und Loeben zurückzuführen. Die Bergarbeiter Österreichs haben den ersten Angriff der Grubenbesitzer zurückgeschlagen. Sie werden aber trotzdem weiter mobilisieren, um auch gegen neue Angriffe gerüstet zu sein.

Die Kampfbereitschaft, der einheitliche Abwehrwille der österreichischen Kampfsache muß ein anspornendes Beispiel für die Bergarbeiter in Ober- und Niederösterreich sein.

Freiheit, Aufhebung des M.-Verbotes und Legalisierung des faschistischen Terrors gegen die Arbeiterklasse.

Natürlich wird die „Nationale Konzentration“ sich auf die Lösung dieser Aufgabe nicht beschränken, sondern entsprechend den allgemeinen Bedürfnissen der deutschen Bourgeoisie den von Brüning in den letzten zwei Jahren durchgeführten Kurs der Notverordnungsdictatur in entsprechender und verschärfter Weise fortsetzen. Sie wird in jeder Weise den Uebergang zu einer Regierung der offenen faschistischen Diktatur vorbereiten.

Wie weit dies möglich ist, hängt im wesentlichen von der Kraft der Arbeiterklasse ab, die sie in ihren Kämpfen unter der Führung der kommunistischen Partei entfaltet. Die Sozialdemokratische Partei, die den Massen eingeredet hat, daß man mit dem Stimmzettel den Faschismus schlagen könne, wird jetzt durch die Ereignisse vor den Massen als eine Partei des politischen Betrugs entlarvt. Der „Vorwärts“ ist jetzt gezwungen, zuzugeben, daß die Regierung der nationalen Konzentration „die letzte Stufe vor dem offenen Faschismus“ ist. Aber die Sozialdemokratische Partei denkt nicht daran, daraus irgendwelche Konsequenzen zu ziehen. Die Sozialdemokratische Partei kann dies nicht tun, denn ihre Aufgabe besteht nicht in der Organisation der Kämpfe der Arbeiterklasse, in der Entfaltung der Kampfkraft des Proletariats, sondern in der Verhinderung des proletarischen Klassenkampfes, in der Schaffung der „Arbeitsgemeinschaft“ zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Die Entwicklung der letzten Zeit ist das Ergebnis der Koalitionspolitik der Sozialdemokratie. Der „Vorwärts“ erklärte bereits am Tage des Sturzes der Brüningregierung, daß es keinen Zweck habe, zu kämpfen, daß Hindenburg „die Pflicht übernommen habe, die verfassungsmäßigen Rechte der Opposition zu schützen“, die „gleichbedeutend mit den Lebensrechten der deutschen Arbeiterbewegung“ seien. Den Kampf der Erwerbslosen gegen den Unterdrückungsraub nennt der „Vorwärts“ in diesem Zusammenhang „freisinnige Impotenz der Kommunisten“. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben die Probe auf das Exempel sozialdemokratischer Politik gemacht. Sie sind dem Rat ihrer Führer gefolgt und haben am 10. April durch ihre Stimme Hindenburg zum Reichspräsidenten gemacht. Es sind keine sechs Wochen vergangen, und schon erweist sich die politische Weisheit der sozialdemokratischen Führer als erbärmlicher Betrug. Die Arbeiter, die sozialdemokratischen Arbeiter eingeschlossen, können daher nicht dem Rat des „Vorwärts“ folgen und anstatt zu kämpfen, auf Hindenburg vertrauen, sondern müssen ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen.

Die kommunistische Partei hat durch ihren Appell zur

proletarisch-revolutionären Einheitsfront und zur Antifaschistischen Aktion den Weg gezeigt, den die Arbeiter gehen müssen, um die härteste einwirkende faschistische Offensive der Bourgeoisie zurückzuschlagen. Die Stunde ist erfüllt! Jetzt heißt es handeln, jetzt müssen die Arbeiter in den Betrieben, an den Stempelstellen sich ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit zusammenschließen im gemeinsamen Kampfe.

Inflationshoffnungen der Börse

Die Börsenkapitalisten wissen, was sie von Hitler & Co. zu erwarten haben

Auf der Börse sind am Montag die Aktienkurse gestiegen. Die Börsenkapitalisten erwarten von dem neuen Rechtsruck, von der verschärften Faschisierung und der offeneren Heranziehung Hitlers noch mehr Subventionen für das Kapital, noch stärkeren Lohn- und Sozialabbau und andere Maßnahmen gegen die Arbeitermassen. Die bürgerlichen Blätter geben das mehr oder weniger direkt zu. So schreibt das „Berliner Tageblatt“ (vom 31. Mai), daß an der Börse

„die Aussicht auf eine Rechtsregierung mit einer Erhöhung der Aktienkurse und einer Senkung der Rentenkurse beantwortet wurde, was gleichfalls darauf deutet, daß die Finanzwelt einer Rechtsregierung inflationistische Tendenzen mindestens zutraut.“

Die faschistische „Berliner Börsenzeitung“ erklärt, „daß die Börse sogar fest einsetzte. Es muß allerdings festgestellt werden, daß das Anziehen der Kurse seinen Grund nicht zum wenigsten darin hatte, daß an der Börse sofort der Kabinettsrücktritt von verschiedenen Seiten dazu benutzt wurde, wieder mit dem Worte „Flucht in die Sachwerte“ treiben zu gehen.“

Der Abend-„Vorwärts“ gibt ebenfalls zu: „Die Mitteilung vom Rücktritt der Reichsregierung hat die Aktienkurse auf der Börse steigen lassen. Die Hoffnung auf eine Rechtsregierung hat die Erwartung nach Begünstigung des Kapitals bei den Notmaßnahmen ausgelöst. Die Hauffe wird aber auch schon als Inflationshaupte aufgefaßt, weil man bei einem scharfen Rechtskurs Inflationseffekten für wahr-scheinlich hält.“

Freilich verschweigt der „Vorwärts“, daß das Inflationprogramm Tarnows deckt, daß die kommenden „Notmaßnahmen“, die das Kapital begünstigen, die Fortsetzung der bisherigen Notverordnungen sind. Die Nazi-partei setzt fort, was die SPD-Führer begonnen haben.

Die Arbeiter und Werktätigen, für die die vorbereiteten Notverordnungen und alle Inflationsspläne vermehrten Hunger, vermehrtes Elend bedeuten, kämpfen in roter Einheitsfront, gemäß dem Aufruf der KPD, zur Antifaschistischen Aktion, gegen den neuen Lohn- und Sozialabbau, gegen die Inflationsschacher, gegen Faschismus, für Brot, Arbeit, Freiheit und Sozialismus.

„Mit dem roten Spuk aufträumen!“

In ihrer Sonntagsausgabe fordert die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erneut in provokatorischer Form das Verbot der kommunistischen Partei. Das mit Reichsbahngeldern ausgehaltene Blatt schreibt:

„Und scheinen diese eines Kulturstaates unwürdigen Verhältnisse ein Argument mehr dafür zu sein, daß mit stärkster Beschleunigung in Preußen eine starke Staatsgewalt geschaffen werden muß, die mit die roten Spuk endlich aufräumt.“

Die „Berliner Börsenzeitung“, eines der schamlosesten Ausbeuterblätter, benützt die Mobilisierung der AÖB. des Ruhrgebiets gegen den Lohnabbau und den Kampf der rheinischen Erwerbslosen gegen den Sozialabbau zu einer Hege gegen die KPD, unter der Ueberschrift „Rote Gefahr über Deutschland“. Das Blatt phantasiert dabei solche Dinge zusammen:

„Es unterliegt jedoch kaum einem Zweifel, daß sowohl Waffen aller Art, von der 08-Pistole bis zum Infanteriegewehr und Maschinengewehr als auch Sprengstoffe höchster Präzision, den kommunistischen Befehlsstellen zur Verfügung stehen.“

Das Blatt fordert „Schuhhaft“ gegen die Funktionäre der KPD.

Immer frecher werden die Drohungen der Reaktion gegen das revolutionäre Proletariat. Denn nur die kommunistische Partei organisiert den Massenwiderstand der Ausgebetteten gegen alle Vorstöße der Ausbeuterklasse. Diese revolutionäre Führung soll den Massen geraubt werden. Verhindert diesen frechen Anschlag der Reaktion!

Schlicht die Reihen der Antifaschistischen Aktion zum Kampf gegen Nordfaschismus, gegen Lohn- und Unterdrückungsabbau! D a d u r c h s c h ü t z t i h r a m l i c h e r s t e n e u t e r e v o l u t i o n ä r e P a r t e i !

Vom Zeitungsboten

Der Zeitungsbote hat eine sehr wichtige Funktion zu erfüllen. Er muß den Lesern die Zeitung rechtzeitig und vollständig zu den Händen bringen. Er muß dafür sorgen, daß die Zeitung in jeder Hinsicht in bester Ordnung ist. Er muß auch dafür sorgen, daß die Zeitung in jeder Hinsicht in bester Ordnung ist.

Um das Verhältnis zwischen Boten und Abonnenten zu einem guten zu gestalten, sollte ich es für wichtig, einmal meine Erfahrungen mit Ihnen zu teilen.

Meine Zeitung kommt pünktlich an. Bevor ich meine Zeitungen an den Mann bringe, wird genau festgestellt, ob die Zahl stimmt. Eilig geht es dann von einem Abonnenten zum anderen. Es ist nicht viel Zeit zu verlieren, denn die meisten Leser können ihre Zeitung nicht früh genug bekommen. Unterdessen überlege ich: Wen kannst du gleich wecken?

Ja, die Kaffeebereitung ist eins der schwierigsten Kapitel. Ich habe mir von jedem Kunden gemerkt, wann es Geld gibt. Pünktlich bin ich dann zur Stelle. Das Geld ist nämlich, weil es sehr knapp ist, schnell ausgegeben, und wer zuerst macht, macht am besten. Gerade bei der

Kaffeebereitung liegt es an den Abonnenten, dem Boten und dadurch weiterer Freude durch aktives Ja zum entgegenzukommen. Sie müssen immer bei sich, daß unsere Zeitung eine Arbeiterpresse ist und nicht über die üblichen Maßstäbe, wie die bürgerliche Presse.

Ich habe die Sache so, daß noch viele Leser glauben, gerade weil ihre Zeitung eine Arbeiterzeitung ist, nicht so pünktlich im Besonderen sein zu müssen. Sie denken nicht, daß sie nur sich selbst schädigen, indem sie ihrer Presse das so notwendige Geld vorenthalten. Dadurch hemmen sie den weiteren Ausbau der Presse. Es gibt sogar noch Abonnenten, die den Boten sechs bis siebenmal nach Geld kommen lassen. Diese Leute habe ich abgelehnt; ich habe sie immer wieder von der Notwendigkeit des pünktlichen Zahlens zu überzeugen versucht. Besonders mit der letzten Woche habe ich anfangs meine liebe Lust gehabt. Nachdem ich den einzelnen Abonnenten den Sachverhalt klar gemacht habe und ihnen die Vorteile der Wochenlieferung aufgezeigt habe, sind nun alle meine Leser glücklich.

Die Beizwerden und Wände betriebl. Verhältnisse der Presse sind mannigfacher Art. Der eine Leser wünscht Entlohnungen, der andere mehr Romane. Die Leser mögen immer daran denken, daß unsere Zeitung ihnen in erster Linie das nötige Rüstzeug im Kampf um die Verbesserung ihrer Lage verschaffen will. In diesem Kampf will sie den Lesern den Weg zu ihrer Befreiung zeigen. Die verschiedenen Wünsche der Abonnenten betreffs Ausgestaltung der Presse lasse ich deshalb aber doch nicht unbeachtet. Weil ich weiß, daß sie der Redaktion oft wertvolle Fingerzeige geben können, lasse ich sie immer an die Redaktion weiter. Unsere Zeitung ist eine Arbeiterpresse, und die Redaktion kann deshalb auf die Mitarbeit des Leserkreises nicht verzichten.

Die Werbung für die Presse ist wiederum eine Sache, in welcher Boten und Leser Hand in Hand arbeiten müssen. Als ich das Revier übernahm, stellte ich zuerst einmal fest, was für Zeitungen in die Häuser meiner Kunden kamen. Gleichzeitig mußte mir mein Kunde

genaue Auskunft über die Einstellung der übrigen Hausbewohner geben. Ich landete mir denn meine zukünftigen Kunden genau. Dann lasse ich eine Diskusion mit diesen Leuten an. Anfangs wurden mir bei Gelassenheit ein paar Worte gemischt. Nachdem machte ich mit den Leuten eine freie Stunde zu einer längeren Diskussion. Ich besor ich dann zum Diskutieren zu diesen Leuten ging, habe ich in der Zwischenzeit genau die Zeitung studiert, welche der Betreffende hielt. Ich las sie, welche die Zeitung dann gegen uns Arbeiter brachte, habe ich mir angestrichen und aufgehoben. Dieses von mir gesammelte Material gab immer eine vorzügliche Grundlage zur Diskussion. Ich muß sagen, daß ich auch Erfolg damit hatte.

Mit den Kollektivabonnements machte ich es folgendermaßen: Zuerst merke ich mir in meinem Revier die Parteienaffäre, welche die Presse nicht hatten. Dann lasse ich mich mit ihnen über die Notwendigkeit des Lesens der Presse auseinander. In den meisten Fällen ist es nicht schwer, sie zum Abonnieren zu bewegen. Ich habe hier 5 Genossen im Revier, welche mehrere Häuser auseinanderwohnen und doch zusammen die Zeitung halten.

Noch eine dritte Methode habe ich in Anwendung gebracht. Da wo die Möglichkeit vorhanden war, habe ich die Wochenzeitung in die Tageszeitung umgewandelt.

Bei all diesen Methoden habe ich immerhin Erfolg gehabt, denn ich habe doch bis jetzt jede Woche einen Abonnenten gewonnen. Wird jeder Bote in der Woche nur einen Abonnenten werben, so würde das die Steigerung unserer Presse um einige hundert in der Woche bedeuten.

Zum Schluß möchte ich noch einen Vorschlag machen: Der Zeitungsbote muß dazu übergehen und Leserversammlungen, einen Lesabend oder sonst einen Unterhaltungsabend zu organisieren. Man kann da ruhig mehrere Reviere zusammenlegen. Die Organisierung solcher Versammlungen oder Abende wird viel dazu beitragen, die Lösung der Aufgabe der Arbeiterpresse zu ermöglichen.

„Krieg gegen die Sowjetunion rasch durchführen“

Die sowjetfeindliche Kampagne der japanischen Zeitung „Nihon“

Wir veröffentlichen heute einige Auszüge aus der japanischen Zeitung „Nihon“, die offen den Raub Sibiriens fordert.

Die in Tokio erscheinende Zeitung beendet die Veröffentlichung einer Artikellserie des „Sachverständigen in der russischen Frage“, Kamaizji, durch Publikation eines abschließenden Artikels mit der Überschrift „Japanisch-amerikanischer oder japanisch-sowjetischer Krieg?“ Der Hauptgedanke des Artikels läuft auf folgendes hinaus:

Amerika, der frühere Lehrer Japans zu Beginn der Epoche Meidji (in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts), wurde zum Konkurrenten Japans im Fernen Osten und übte seit dem Portsmouther Frieden jeden möglichen Druck auf Japan aus, insbesondere auf der Konferenz von London, sowie durch Erlass des Gesetzes zur Einschränkung der japanischen Einwanderung. Auf Grund dessen verstärkte sich in einflussreichen japanischen Kreisen eine Strömung, die für die Beschleunigung des Krieges mit Amerika ist, um so mehr, weil nach 1935 die Lage Japans Amerika gegenüber bedeutend unvorteilhafter sein wird.

Kamaizji weist darauf hin, daß der chinesische Markt die Hauptursache des Gegensatzes zwischen den USA und Japan ist. Es muß deshalb

„Durch Teilung des chinesischen Marktes zwischen den USA und Japan ein Kompromiß angestrebt werden.“

„Diese Aufgabe — erklärt der Verfasser — ist keine leichte, aber sie ist zu lösen, wenn man das Vorhandensein der Gegensätze zwischen den USA und England berücksichtigt und auch die Stimmung der amerikanischen Baumwollzüchter, die den japanischen Markt nicht verlieren wollen.“

„Ganz anders sieht es mit einem Krieg zwischen Japan und der Sowjetunion“, fährt der Verfasser fort. Zwischen Japan und der Sowjetunion kann keine Freundschaft bestehen,

„da ihre Ideale diametral entgegengesetzt sind. Japan ist eine Monarchie, die das friedliche Nebeneinanderleben und die Achtung der gegenseitigen Interessen der Völker der Welt anstrebt. Die Sowjetunion dagegen ist eine Republik, die Unordnung, Bürgerkrieg und Revolution anstrebt und die die ganze Welt unterjochen will.“

Die öffentliche Meinung Japans, sagt Kamaizji, konzentriert sich jetzt auf die Mandschurie und die Mongolei. Aber „vor der Lösung der Sowjetfrage kann davon keine Rede sein, daß in der Mandschurie ein Paradies geschaffen wird“.

„Der mandschurische Staat muß das sibirische Problem lösen, sonst wird er von der sibirischen Grenze her bedroht. Auf der Nihonabahn bleibt die Gefahr bestehen, die die Befestigung des mandschurischen Staates hindert. Man darf sich durch die freundlichen Reden der Sowjetunion nicht täuschen lassen. Die Lösung des sibirischen Problems bedeutet die Unterstüßung des sibirischen Volkes, das das Gebiet östlich des Baikalsees beliedelt, bei Erreichung seiner Unabhängigkeit und Festlegung des Prinzips der Offenen Tür in Sibirien für die ganze Welt.“

„Japan“, fährt Kamaizji fort, „fürchtet schrecklich die öffentliche Meinung der USA, Englands und anderer Mächte. Im Grunde genommen erhebt keine von ihnen Einspruch gegen die Politik Japans in Sibirien. Japan hat dem mandschurischen Volke, seine Unabhängigkeit zu erringen. Die A.S.U. ist der Feind der ganzen Welt. Man braucht deshalb nicht zu fürchten, daß irgend jemand gegen die Unabhängigkeit Sibiriens protestieren werde.“

Die an die Sowjetunion grenzenden Länder — schreibt Kamaizji — bereiten den sowjetfeindlichen Blod vor. Japan sichere sich, wenn es ein unabhängiges Sibirien hat, die vollständige wirtschaftliche Unabhängigkeit von der übrigen Welt.“

„Bei der Existenz der Mandschurie, der Mongolei und

Sibiriens hat Japan nichts zu befürchten, selbst wenn die ganze Welt Japan angreift.“

Im Bereiche der Eisenbahnlinie von Ussurisk allein können jährlich 30 Millionen Koku Reis (1 Koku = 180 Liter. Die Red.) erhalten werden. Sibirien hat Gold, Eisen, Holz, Fische, Kohle und im Ueberfluß fruchtbaren Boden. Wenn Japan Sibirien bekommt, wird es für immer die Erwerbslosigkeit und Wirtschaftskrise vergessen. Die Unabhängigkeit Sibiriens bedeutet, daß Japan mit einem Schläge nicht 2, sondern 5 Fliegen tötet.

In Japan — schreibt Kamaizji weiter — spricht man viel vom Faschismus, aber kein Faschismus wird Japan helfen. Ein einziges Mittel gibt es, Japan zu helfen, und das ist: die Tore Sibiriens zu öffnen. Jetzt ist die beste Zeit für die Durchführung

dieses Programms. Man darf einen Augenblick, der nie wiederkehren kann, nicht verpassen.

Sind die japanischen Obrigkeiten — ruft Kamaizji aus — tatsächlich nicht entschlossen, im Zusammenhang mit dem Attentat vom 12. April entschiedene Maßnahmen zu treffen, aus Furcht vor der Macht der Roten Sowjetarmee? Je rascher das Programm gegen die Sowjetunion durchgeführt wird, um so besser — das ist der Schlusssatz dieses außerordentlich frechen und provokatorischen Artikels eines bestechenden Tinentkulis der wahnsinnigen Abenteuerkreise des japanischen Imperialismus.

Die Weltarbeiterschaft muß von ihren Gegnern lernen, muß mit derselben Eindringlichkeit Tag für Tag die Massen im Bette, an den Stempelstellen zu Kämpfen gegen die Kriegshetze, für die Verteidigung des Sowjetvaterlandes aufrufen.

Nieder mit den Kriegsprovokateuren!

Antifaschistische Aktionen in Jugoslawien

Die Massen erkämpfen sich Versammlungen und Demonstrationen

Wien, 1. Juli. Aus Belgrad wird gemeldet: Die revolutionäre Gärung unter den Arbeitern und Bauern, den werktätigen Mittelschichten und Studenten ist so stark, daß die faschistische Diktatur auch durch den Einsatz ihrer schärfsten Machtmittel die Kundgebungen und Demonstrationen nicht mehr verhindern kann. Die Massen erobern sich das Recht der Demonstrationen, das Recht, die Führer der Opposition sprechen zu hören, ihre Aktionen richten sich unmittelbar gegen die Staatsgewalt.

In Dalmatien fanden mehrfach große Kundgebungen gegen die beabsichtigte Gründung einer neuen faschistischen Staatspartei statt, obwohl „die Polizei alle Vorkehrungen zu einem Erfolg getroffen hatte“. Auch bei Ankunft des Führers der Kroatischen Bauernpartei, Dr. Macet, in Spalato demonstrierten etwa 5000 Personen gegen Serbien. Die Wache rückte vor und vertrieb die Menge, wobei es viele Verwundete gab, und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Darauf zog die Menge zur Landungsstelle des Dampfers, mit dem die Regierungsdelegation von Ragusa ankommen sollte, und brach bei ihrer Ankunft in laute Rufe: „Hoch das freie Kroatien! Nieder mit Serbien! Nieder mit Frankreich!“ aus. Die Delegation mußte

in geschlossenen Autos zum Theater gebracht werden, doch konnte die angelegte Gründungsversammlung der neuen Staatspartei nicht stattfinden, da aus Furcht niemand von den Geladenen erschienen war.

Gorgulow nicht geistestrannt

W.B. Paris, 1. Juni. Die drei Irrenärzte, die einen Bericht über Gorgulow anzufertigen beauftragt waren, haben diesen heute vorgelegt. Der Bericht schließt auf volle Verantwortung des Mörders. Er stellt fest, daß das Verbrechen nicht in einem Zustand der Geistesstörung begangen wurde und daß Gorgulow weder geistige noch psychische Anormalität zeigt, die seine strafrechtliche Verantwortlichkeit herabmindern könnten.

Französische Bourgeoisie will keine Sozialdemokraten in der Regierung

Paris, 1. Juni. Herriot hat nach Verhandlungen mit sozialdemokratischen Führern die Entscheidung getroffen, den Sozialdemokraten keine Regierungsbeteiligung anzubieten. Er wird sich jedoch im Parlament auf sie stützen.

Die Debatte auf dem Parteitag der französischen Sozialdemokraten über die Beteiligung am Kabinettskabinett war für die französische Bourgeoisie eine Probe dafür, in welcher Rolle die Sozialdemokraten gegenwärtig am besten den Kriegsziele des imperialistischen Frankreich dienen können. Die starke Opposition in den Mitgliederkreisen läßt es ratsam erscheinen, die Sozialdemokratie nicht schon heute offen mit der Verantwortung für die Kriegsvorbereitungen zu belasten, nachdem der Parteitag als Bedingung für die Koalition Herabsetzung der Rüstungen aufgestellt hatte. Die französischen Sozialdemokraten werden weiterhin die stillen Helfershelfer bei den Kriegsvorbereitungen sein.

Brag, 1. Juni. Die kommunistischen Jugendorganisationen im Kreise Mährisch-Odrau sind aufgelöst worden. Es wurden Verhaftungen und Beschlagnahmen vorgenommen.

Frankreich stürzt die rumänische Regierung Jorga

Wien, 1. Juni. Die Regierung Jorga ist zurückgetreten. Es verlautet, daß der König den jetzigen Botschafter in London, Titulescu mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen werde.

Der Rücktritt der rumänischen Regierung ist das Werk Frankreichs. Frankreich hat es u. a. mißfallen, daß sein Vasall Rumänien Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland führte. Als die rumänische Regierung, die sich in einer verzweifeltsten Finanzlage befindet, mit der Bitte um eine neue Anleihe an den französischen Imperialismus herantrat, ließ die französische Regierung eine scharfe Kontrolle der rumänischen Finanzlage durchführen und erhob schwere Vorwürfe wegen finanzieller Lotterwirtschaft gegen Jorga. Die unmittelbare Folge ist der Regierungsrücktritt.



Copyright by „Rote Fahne“, Berlin, 1932.

44. Fortsetzung.

„Ich denke gar nicht daran,“ sagte Luise, ging zum Schrank und riß ihren Mantel heraus. Steht lieber auf und kümmerst euch darum, was in der Welt vorgeht!“

Mitten in der Nacht wurde gefungen und marschiert, stolz, hart! Das ganze Dorf wachte auf. Man hörte Türen schlagen, Fenster klappern. Man hörte rufen in französischer Sprache. Luise verstand die Worte nicht, aber sie verstand ihren Sinn. Sie eilte die Treppen hinunter. Im Hausflur stand die Wirtin im Nachtwand. Sie öffnete die Tür und horchte gespannt hinaus. Noch waren sie nicht zu sehen. „Da!“ — Die Frau streckte die Hand aus und zeigte nach vorn, ihr Gesicht war wie verklärt, ihre Augen leuchteten. „Da!“ — Sie kommen! Sie kommen! Unsere Männer! Sie singen die Marschlied! Sie haben Schluß gemacht!“

Die Frau umarmte Luise, Tränen liefen ihr übers Gesicht. Luise lachte und jubelte mit. Ein großer Trupp Soldaten kam die Dorfstraße herauf, kam näher, immer näher. Alle Fenster hatten sich geöffnet. Aus den Haustüren lösten sich die Frauen und liefen auf die Straße. Liefen auf die Soldaten zu. Mütter mit Kindern auf den Armen. Sie fielen den Männern um den Hals, sie drückten und küßten sie, sie weinten und lachten. Französische Soldaten! Sie waren heimgekommen. Sie zogen weiter, wieder in ihre Dörfer.

War der Krieg aus? Wo blieben die deutschen Soldaten? Warum war sie — Luise — überhaupt noch da? Sie war erschüttert, — stand wie angewurzelt in der Tür und ließ die grauen Waffen an sich vorüberziehen.

„Ist der Krieg aus?“ rief sie in den Zug hinein und bärtige Gesichter drehten sich langsam nach ihr um und nickten lachend.

Schwarze Augen leuchteten; Mühen wurden geschwemmt und getauft:

„Nur mehr Krieg! Aus — Revolution in Deutschland!“

Luise ging in ihr Zimmer zurück. Die Mädchen hatten sich angezogen und sahen zum Fenster hinaus. Immer neue Trupps von Soldaten zogen vorbei. Dittmals noch in dieser Nacht erkönte zu den marschierenden Schritten der Gesang der Marschlied.

Die Mädchen sahen recht! dumm und verständnislos drein. Als Luise sie vor Freude ansah:

„Es ist Frieden! Der Krieg ist aus!“ starrten sie Luise an und fragten:

„Warum ist Frieden? Warum ist der Krieg aus? Wer hat den Krieg gewonnen?“

Luise lächelte. „Gewonnen? Gewonnen haben die Arbeiter, sie haben in Deutschland die Revolution gemacht!“

Da lachten die Mädchen albern und fragten, nicht begreifend: „Revolution? Was ist das? Warum haben sie eine Revolution gemacht?“

Luise gab es für den Moment auf, Aufklärung zu schaffen. Zwischen ihr und denen war eine tiefe Kluft und letzten Endes würden sie, die Töchter von Beamten und Fabrikbesitzern, nicht auf der andern Seite der Barrikaden stehen?

Am frühen Morgen ließ Luise zum Büro. Dort war alles in heller Aufregung. Daß Schluß war und daß es nach Hause ging, war eine feststehende Tatsache. Niemand zweifelte daran. Manche liefen schon mit Köffern umher und singen an zu paden. Die Vorgesetzten mahnten zur Ruhe und Besonnenheit. Um zehn Uhr war Appell. In Reich und Glied standen die Soldaten vor ihrem Leutnant. Gelassen und ohne besondere Haltung:

„Kameraden!“ sagte er, „ich habe euch eine Mitteilung zu machen, die uns wohl kaum überraschen wird, wie die Wucht eines Blitzschlags aus heiterem Himmel, denn in den letzten Tagen ist bereits mit der Gewalt eines Naturereignisses „Geschichte“ gemacht worden. Wir wurden vorbereitet, so daß wir den Schlag einigermassen gefaßt hinnehmen konnten. Trotzdem, da das Unvermeidliche Wirklichkeit geworden ist, stehen wir wie gelähmt unter seiner Wirkung.“

Seine Majestät der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Thron zu entsagen. In Deutschland ist die Revolution ausgebrochen.“

Durch die Reihen der Soldaten ging ein merklicher Ruck. In

ihren Gesichtern, die eben noch zum Teil unter der Maske der Disziplin unbeweglich waren, zeigte es verräterisch. Der Leutnant fuhr fort, auf ein Blatt Papier starrend:

„Es wird weiter gemeldet, daß der Reichskanzler Mag. Prinz von Baden, noch solange im Amte bleibt, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen der sofortigen Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.“

Es sah aus, als ob die Soldaten jeden Augenblick vor Freude losbrüllten wollten. Aber sie hörten weiter zu.

„Wir sind voller Teilnahme und bewundern das große Opfer Wilhelms II. Wir haben Achtung vor solchem Mannesmut und solcher Treue im Dienst am Reich.“

Bei dieser Stelle begannen die Soldaten laut zu lachen. Der Leutnant überhörte sich fast.

„Wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um euch schnell und sicher in die Heimat zu bringen. Nur Ruhe und Ordnung.“

„Halt's Maul, du Quatschkopp,“ schrie einer.

Alles lachte. Die Reihen lösten sich auf. Die Soldaten umarmten sich.

„In Deutschland ist die Revolution ausgebrochen! Mensch, hast du das gehört?“

„Wilhelm hat sich entschlossen — dem Thron zu entsagen,“ prustete jemand — „da muß es ihm aber heiß unterm Hintern geworden sein.“

Luise stand am Fenster ihres Büros und beobachtete die Wirkung der Rede des Leutnants. Geschickt hatte der das nun gerade nicht gemacht. In dieser Situation, wo er erklären muß, daß in Deutschland die Revolution ausgebrochen ist, noch von Treue und Mannesmut Wilhelms des Zweiten zu reden, das war eine Dummheit. Wenn der Herr Major diese Rede gehalten hätte, dann wäre sie bestimmt anders ausgefallen.

Die Soldaten standen in Gruppen umher und diskutierten erregt.

Fortsetzung folgt.

